

Dr. Walter Hohlefelder

Präsident des Deutschen Atomforums e. V.

Eröffnungsansprache

- es gilt das gesprochene Wort –

Wintertagung des Deutschen Atomforums, 06./07.02.2008, Berlin

Die Zukunft der Kernenergie

Meine Damen und Herren!

Sehr herzlich möchte ich Sie als Präsident des Deutschen Atomforums zu unserer diesjährigen Wintertagung hier in Berlin begrüßen. Erneut ist es uns gelungen, hervorragende Redner für unsere Wintertagung zu gewinnen. Abwechslungsreiche und interessante Vorträge dürfen wir heute erwarten.

Anrede,

unsere Wintertagung ist traditionell immer ein Stück weit Standortbestimmung: Wo stehen wir in der Kernenergie weltweit, in Europa und natürlich vor allen Dingen in Deutschland?

Die gute Nachricht ist: Global und europäisch ist die Kernenergie im Aufwind.

Die schlechte Nachricht ist: In Deutschland ist die Kernenergie nach wie vor blockiert.

Vor dem Hintergrund von Klimaschutz und steigender Energienachfrage bei gleichzeitig knapper werdenden Ressourcen spielt die Kernenergie global eine immer größer werdende Rolle. Natürlich, Kernenergie ist nicht das Allheilmittel für die Probleme, aber sie kann einen wesentlichen Lösungsbeitrag leisten. Schließlich ist sie die einzige grundlastfähige und zugleich wirtschaftliche praktisch CO<sub>2</sub>-freie Stromerzeugungsart. Im sog. Synthesebericht des IPCC, der in Bali verabschiedet wurde, wird die Kernenergie als ein Handlungsinstrument zur Minderung der Treibhausgas-Emissionen genannt. Das ist ein wesentlicher Fortschritt zum Kyoto-Protokoll, das sich um die Kernenergie noch herumgedrückt hatte. Auch die Bundesregierung hat dies nicht mehr verhindern können. Und der Chairman des IPCC, der Inder Pachauri sagt: "Ich sehe keinen Grund, warum die Kernenergie keine Option sein sollte." Ähnlich äußerte sich

auch jüngst Professor Schellnhuber, Direktor des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung und klimapolitischer Berater der Bundeskanzlerin. Auch die G-8 haben sich bei ihrem Gipfel in Heiligendamm für die Nutzung der Kernenergie ausgesprochen – allein Deutschland nicht.

Kein Wunder, denn weltweit werden 17 % des Stroms aus Kernenergie erzeugt. Und diese 17 % vermeiden 2,5 Mrd. t CO<sub>2</sub> bei einem Gesamt-CO<sub>2</sub>-Ausstoß aus der Stromerzeugung von 8 Mrd. t. Da kann Herr Gabriel versuchen, diesen Beitrag noch so sehr zu bagatellisieren. Die Fakten sprechen sich auch in Deutschland herum: In Südostasien bauen China und Indien neue Kernkraftwerke. Das sollte uns doch lieber sein, als dass sie mit ihren Kohlekraftwerken mit zumeist noch bescheidener Effizienz den weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß weiter anheizen. Japan setzt ohnehin sein Ausbauprogramm fort. In den USA sind 7 Anträge auf neue Kernkraftwerke gestellt; rund 20 weitere werden in den nächsten beiden Jahren erwartet. Auch wenn nicht alle realisiert werden, ist doch mit einer beträchtlichen Anzahl neuer Anlagen in den nächsten Jahren zu rechnen.

Und Russland: Russland hat ein massives Bauprogramm für die nächsten Jahrzehnte aufgelegt. Schon allein deswegen, weil sie ihr Gas lieber verkaufen und strategisch einsetzen, als es zuhause zu verbrennen.

In Europa hat sich das Blatt gewendet:

Die EU-Kommission hat sich aus der Deckung gewagt. In ihrem Energiereport von Anfang 2007 heißt es:

- Kernenergie spielt eine wesentliche Rolle im Kampf gegen den Klimawandel

- Kernenergie ist die größte und kostengünstigste CO<sub>2</sub>-freie Energiequelle und
- Kernenergie ist weniger anfällig für Preisvolatilität von Primärenergieträgern, verringert Importabhängigkeit und Versorgungssicherheitsprobleme.

Um die Kernenergie voranzubringen, hat sie vor wenigen Monaten – ähnlich wie z. B. für die Erneuerbaren – ein europäisches Kernenergieforum aus der Taufe gehoben. Dies zeigt, dass sie die Kernenergie als gleichberechtigte Zukunftsoption in der Stromerzeugung sieht.

Natürlich hat sie auch pflichtschuldigst betont, dass die Entscheidung über den Einsatz von Kernenergie bei den Mitgliedsstaaten liegt. Aber ohne Auswirkungen auf die Mitgliedsstaaten wird die Haltung der Kommission nicht bleiben, zumal dann, wenn die europäischen Klimaschutzziele und die europäische Versorgungssicherheit durch den deutschen Ausstieg aus der Kernenergie gefährdet werden.

Auch das Europäische Parlament – bislang nicht gerade als besonders Kernenergie freundlich bekannt – hat sich in seinem Bericht "Konventionelle Energiequellen und Energietechnologien" klar zur Kernenergie bekannt. Und 9 deutsche Sozialdemokraten – allen voran der Fraktionsvorsitzende – haben dem zugestimmt. Vielleicht ist das ja ein erstes Hoffnungszeichen für einen Stimmungswandel bei der SPD.

Von einer „beispiellosen Verteufelungskampagne gegen die Nutzung der Kernenergie“ und einem „in Europa einmaligen Kreuzzug gegen die heimischen Energieunternehmen“ sprach im September 2007 der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement im Magazin Cicero. Deutliche Kritik übte der Sozialdemokrat damit an der Bundesregierung, namentlich

jedoch vor allem an Bundesumweltminister Gabriel. Das deutsche „Ausstiegsszenario“, so Clements Plädoyer, müsse – zur Sicherstellung der Energieversorgung – verändert werden.

Herr Clement, wir sind schon sehr gespannt auf Ihren heutigen Vortrag „Eine sichere Energieversorgung – ohne Kernenergie und Kohle?“.

Anrede,

wir wussten schon, dass

- Frankreich unverändert auf Kernenergie setzt,
- in den meisten EU-Beitrittsländern Kernenergie eine unbestrittene Zukunftsoption ist,
- in Finnland neue Kernkraftwerke gebaut werden,
- Schweden, Holland und die Schweiz die Laufzeit ihrer Anlagen auf 60 Jahre verlängert haben und in den beiden letztgenannten Staaten der Bau neuer Anlagen ernsthaft diskutiert wird.

Ministerpräsident Prodi hat beim Weltenergiekongress in Rom ein Umdenken in Italien angekündigt. Der Staatskonzern ENEL baut ohnehin schon in der Slowakei die Blöcke 3 + 4 in Mohovce. In Spanien machen die Gewerkschaften gegen die Ausstiegspolitik von Ministerpräsident Zapatero mobil. Und die wohl aktuell wichtigste Nachricht: die britische Regierung hat ein groß angelegtes Neubauprogramm vor wenigen Wochen angekündigt. Sie hat die Weichen gestellt. Und wer die Briten kennt, weiß, dass sie das auch durchziehen werden. Und so wie es aussieht, werden sich deutsche Kernenergie-Betreiber hieran – wie möglicherweise auch an Projekten in anderen europäischen Staaten – mit Anlagen auf fortgeschrittenstem Entwicklungsstand, der sog. Generation III,

beteiligen. Als international aufgestellte Unternehmen können und wollen sie sich dieser internationalen Entwicklung nicht entziehen.

Wer es bis jetzt noch nicht gemerkt haben sollte, jetzt ist es offenkundig: Deutschland isoliert sich in Europa und weltweit völlig mit seiner Kernenergiepolitik. Umso schriller die Reaktion der real fortexistierenden rot-grünen Koalition:

Frau Höhn wirft den Briten und damit allen, die auf Kernenergie setzen, Verantwortungslosigkeit vor. Welche maßlose deutsche Überheblichkeit! Es wird noch nicht einmal darüber nachgedacht, ob der deutsche Sonderweg nicht ein Irrweg sein könnte. Auch die "GRÜNEN", ebenso wie die SPD, werden nicht darum herum kommen, sich eines Tages mit der Frage auseinandersetzen zu müssen, was ihnen wichtiger ist: Klimaschutz oder ideologisch fixierte Ausstiegspolitik.

Herr Gabriel ergeht sich in komplizierten Zahlenspielereien, warum es den weltweiten Bedeutungsgewinn der Kernenergie angeblich gar nicht geben soll. Die Realität zu negieren, führt aber auf Dauer in die Sackgasse. Er wirft den Briten vor, ihr Kernenergieprogramm sei nur deshalb notwendig, weil sie die Förderung der Erneuerbaren verschlafen hätten. Abgesehen davon, dass das so nicht stimmt, übersieht er geflissentlich, dass die Erneuerbaren, weil nicht grundlastfähig, die Kernenergie nicht ersetzen können. Der Wind bläst und die Sonne scheint nun einmal, wann sie will. Deswegen wollen die Briten Kernenergie und Erneuerbare, jede Energieform nach ihren Möglichkeiten, in ihrem Energieprogramm miteinander verbinden. Ein breiter Energiemix ist der richtige Ansatz. Auch die deutschen Kernenergie-Betreiber investieren massiv in Erneuerbare. Wir haben damit unsere Position der Ablehnung korrigiert. Vielleicht können sich ja auch die Protagonisten der Erneuerbaren endlich ihre starre Ablehnungsfront überwinden und die Kernenergie als Klima schonend

akzeptieren. Wer allerdings den Menschen suggeriert, Wind und Sonne könnten die fossilen Energieträger problemlos ersetzen, braucht sich nicht zu wundern, dass auch die Kohle unter Beschuss gerät. Selbst im unwahrscheinlichen Fall – ich erinnere nur an die Netzprobleme –, dass es gelänge bis 2020 30 % der Energieerzeugung aus Erneuerbaren zu gewinnen; wo kommen dann die restlichen 70 % her, wenn Kohle und Kernenergie verteufelt werden? Etwa aus Gaskraftwerken? Auch Gaskraftwerke emittieren CO<sub>2</sub>! Und wollen wir uns wirklich so vom Gas, das wir vorrangig immer mehr aus Russland importieren müssen, abhängig machen?

Viel schlimmer noch, wenn wir die Blockade von Kohle und Kernenergie nicht überwinden, droht im nächsten Jahrzehnt eine Stromlücke mit allen unangenehmen wirtschaftlichen Folgen für eine Industrienation wie Deutschland. Eine „drohende“ Stromlücke – wie es zuletzt auch das Handelsblatt in einer Januar-Ausgabe titelte, können und dürfen wir uns in Deutschland nicht leisten, meine Damen und Herren.

Energiepolitik als Wirtschafts- und Standortpolitik zu verstehen, davon werden wir heute sicher vom Präsidenten des Wirtschaftsrates der CDU, Prof. Dr. Lauk, mehr erfahren. Ich freue mich, Sie hier bei uns begrüßen zu dürfen, lieber Herr Lauk.

Anrede

Wenn wir unsere Klimaschutzziele – 40 %-Reduzierung der Treibhausgase bis 2020 – erreichen, Versorgungssicherheit erhalten und eine wirtschaftliche Stromversorgung gewährleisten wollen, geht das nur mit einem vernünftigen Energiemix unter Einschluss von Erneuerbaren und Kernenergie. Ohne eine

Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke wird das nicht möglich sein. Die Studien von BDI, McKinsey, A.T. Kearney sowie der Bericht der Deutschen Physikalischen Gesellschaft belegen dies eindeutig.

In Szenarienrechnungen soll uns allerdings weisgemacht werden, dass es angeblich doch geht. Es wird unterstellt, die Energieeffizienz werde jedes Jahr bis 2020 um 3 % gesteigert. Z. Z. erreichen wir aber gerade mal 1,2 %. Der Stromverbrauch soll in diesem Zeitraum um 1,1 % pro Jahr sinken, der Stromverbrauch steigt aber – insbesondere durch zunehmenden IT-Einsatz – um 0,9 % pro Jahr. Energieeffizienz, Energieeinsparen müssen sein; wir dürfen uns aber nicht durch unrealistische Szenarien zu falschen Schlussfolgerungen verleiten lassen. Szenarien sind Szenarien und nicht die Wirklichkeit. Und schließlich, was oft verschwiegen wird, Klimaschutz kostet Geld; Geld der Bürger. Mit Kernenergie wäre mehr Klimaschutz und das wesentlich kostengünstiger zu haben, als ohne Kernenergie. Wir reden hier über mindestens zweistellige Milliardenbeträge.

Es bleibt dabei: Ohne Laufzeitverlängerung werden wir das Klimaschutzziel von 40 % weit verfehlen; mit einer Laufzeitverlängerung haben wir dagegen gute Chancen, es zu erreichen. Die Kernenergiegegner werden sich entscheiden müssen, was ihnen wichtiger ist: Klimaschutz oder Ablehnung der Laufzeitverlängerung. Beides geht nicht! Frau Bundeskanzlerin Merkel hat recht, wenn sie dazu sagt: "Die Ablehnung versteht kein Mensch!" Es ist schon – vorsichtig formuliert – bemerkenswert, wenn ihr Bundesumweltminister in einem SPIEGEL-Interview ein Tempolimit mit der Begründung "Kleinvieh macht auch Mist" fordert und im selben Atemzug, in demselben Interview, längere Laufzeiten für Kernkraftwerke ablehnt und damit auf 150 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Einsparung pro Jahr verzichten will – soviel wie der gesamte deutsche Straßenverkehr emittiert.



Wir werden diejenigen, die sich gleichzeitig als oberste Klimaschützer und erbitterte Kernenergiegegner gerieren, weiter mit ihrem Dilemma konfrontieren. Und deshalb setzen wir auch unsere Kampagne "Deutschlands ungeliebte Klimaschützer" fort und werden sie weiter intensivieren und ausbauen.

Das stößt natürlich nicht nur auf Freude, mit den Vorgängen um Krümmel haben wir schon einen Vorgeschmack bekommen. Der Ton derer, die sich gegen die Kernenergie aussprechen, wird sich bis zur Bundestagswahl noch weiter verschärfen. Die Branche muss sich bewusst sein, dass sie noch mehr mit Argus-Augen betrachtet wird.

Aber selbst der SPIEGEL hat den Vorgang um Krümmel eindeutig kommentiert: "Tatsächlich ist der Vorfall auch ein Lehrstück über die Manipulation von Meinung, über Opportunismus und die Versuchung mit Ängsten Politik zu machen". Die Diffamierung älterer Anlagen ist einfach nicht akzeptabel und wird dem weltweit anerkannten außerordentlich hohen Sicherheitsstandard auch dieser Anlagen nicht gerecht. Die deutschen Kernenergie-Betreiber haben Milliarden in die sicherheitstechnische Nachrüstung insbesondere der älteren Anlagen gesteckt. Krümmel war nach der internationalen Ereignisskala ein Null-Ereignis. Da von "Gefährdungsreaktoren" zu sprechen, ist unlauter und unerträglich. Auch die jüngste epidemiologische Studie zu "Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken" wird weiter genutzt werden, um Ängste vor der Kernenergie zu schüren. Und das, obwohl die Verfasser mit aller Klarheit erklärt haben, dass die Ergebnisse gerade nicht auf die Kernkraftwerke mit ihren geringen Emissionen weit unter der natürlichen Strahlenbelastung zurückzuführen seien. Immerhin hat auch Herr Gabriel erklärt, dass die Ergebnisse der Studie gerade wegen der klaren Aussage der Verfasser kein Grund seien, Kernkraftwerke abzuschalten.

Machen wir uns nichts vor: Gerade weil auch in Deutschland klar wird, dass wir uns zunehmend isolieren, gerade weil den Kernenergiegegnern die Argumente ausgehen, wird jede Gelegenheit genutzt werden, die Kernenergie zu diskreditieren. Wir müssen wachsam sein und mit hoher Sensibilität jeden Anlass für Diskreditierung, mag er auch noch so abwegig sein, vermeiden.

Die Strommengen-Übertragungsverträge sind gestellt worden, um die Möglichkeit zu eröffnen, vor einer Neubewertung der Kernenergie keine vollendeten Tatsachen zu schaffen. Ich kann nur an die Politik appellieren, bei den noch nicht beschiedenen Anträgen von dieser Möglichkeit durch Mengen-Übertragung von neuen auf alte Anlagen Gebrauch zu machen. Rechtlich ist dies möglich, wie die Gutachten des BMWi und des Kanzleramts belegen.

Bedauerlich ist, dass das Gorleben-Moratorium immer noch steht, obwohl bekanntlich alle Voraussetzungen für seine Aufhebung gegeben sind. Die Aufhebung des Moratoriums wäre ein großer Schritt auch in Richtung Akzeptanz der Kernenergie, das zeigen alle Umfragen. Aber das genau ist auch das Problem. Deswegen – und nicht wegen technischer Probleme – wird die Aufhebung des Moratoriums von den Gegnern nach dem Motto "Was nicht sein darf, kann auch nicht sein" weiter blockiert. Ich fordere die Bundesregierung auf, den Koalitionsvertrag doch noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen und zu einer Lösung für Gorleben zu kommen. Immerhin geht es bei KONRAD nach dem "grünen Licht" durch das Bundesverwaltungsgericht weiter. Wenn das so bleibt, haben wir in Deutschland 2013 ein Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle. Das ist jedenfalls ein Fortschritt.

Bei allen Problemen: Wir können optimistisch sein. Die Stimmung in der Öffentlichkeit dreht sich, auch bislang eher kritische Medien fordern eine sachliche Diskussion der Kernenergiefrage. Das ideologische Denkverbot

wankt. Spätestens nach der Bundestagswahl wird es eine Neubewertung der Kernenergie auch in Deutschland geben. Nicht weil man dann die Kernenergie liebt – darum geht es auch gar nicht –, sondern weil man um die Realitäten nicht herum kommt. Wer Klimaschutz wirklich will, kann die Kernenergie als Lösungsoption nicht ausschließen.

Es geht nicht um gesellschaftsspaltende Konfrontation – diese Zeit ist bei der Kernenergie längst vorbei- es geht um einen sachlichen Dialog. Dazu laden wir herzlich ein; dazu wollen wir beitragen. Denn das ist die eigentliche Aufgabe des Deutschen Atomforums, dem wir uns alle verpflichtet fühlen.